

Argumente und Meinungen der FBP

Steuerliche Entlastung des Mittelstands

Standpunkt des Abgeordneten Sascha Quaderer

Diese Woche behandelte der Landtag die Antworten der Regierung zur FBP-Interpellation «steuerliche Entlastung des Mittelstands». Im Kern ging es um die Frage, ob und wie der liechtensteinische Mittelstand entlastet werden kann.

Ich halte es für sinnvoller, die Steuerbelastung der Bürger zu reduzieren als zuerst Steuern bei ihnen zu erheben um sie danach mit ihrem eigenen Geld zu «beschenken». Dies ist in der Politik sehr beliebt, wie die jüngste Vergangenheit zeigt. Die VU wollte gratis Identitätskarten für alle und die DpL befreite mittels Volksinitiative alle Rentner von der Franchise, egal ob sie bedürftig oder wohlhabend sind.

Wer ist der Mittelstand?

In der Interpellationsbeantwortung zeigt die Regierung auf, was unter Mittelstand zu verstehen ist: Der Begriff umfasst alle Personen, die 70% bis 150% des Medianeinkommens verdienen. Für Einzelpersonen ist das ein Betrag von 46'000 bis 98'000 Franken, für Ehepaare mit zwei Kindern ein Betrag von 96'000 bis 206'000 Franken. Insbesondere der untere Wert war für manche Abgeordnete überraschend, entspricht er doch bei einer Einzelperson einem Monatslohn von gerade einmal 3540 Franken.



Sascha Quaderer, FBP-Landtagsabgeordneter. (Foto: Nils Vollmar)

Steuerbelastung des Mittelstands

Effektiv liegt die Belastung der Vermögens- und Erwerbssteuer für Einzelpersonen bei 3 bis 6 Prozent des Bruttoerwerbs, für Ehepaare mit zwei Kindern bei 1 bis 5 Prozent. Fast 50 Prozent aller Steuerpflichtigen weisen ein Nettovermögen zwischen 0 und 50'000 Franken auf. Und knapp 80 Prozent aller

Steuerpflichtigen bezahlen Steuern im Umfang von weniger als 5000 Franken pro Jahr. Angesichts dieser Werte kann die Regierung in höheren Steuerabzügen keine spürbare Entlastung des Mittelstands erkennen. Im Grossen und Ganzen gewinnt man beim Lesen den Eindruck, beim Mittelstand sei alles in bester Ordnung.

Verschuldung und steigende Lebenskosten

In diesem Zusammenhang möchte ich an zwei Fakten erinnern: Erstens weist Liechtenstein europaweit besonders viele Haushalte mit hohen Schulden im Verhältnis zum Einkommen auf. Die FMA warnt seit Jahren davor, dass diese Haushalte bei Arbeitslosigkeit oder steigenden Zinsen verwundbar sind. Zweitens sind die Einwohner Liechtensteins seit Monaten mit deutlichen Kostensteigerungen in ihrem täglichen Leben konfrontiert, sei es bei Lebensmitteln, Strom, Heiz- oder Mobilitätskosten. Bereits seit vielen Jahren steigen zudem die Preise für Grundstücke und Wohneigentum.

Dem Mittelstand Sorge tragen

Hier müssen wir Lösungen finden, wenn wir weiterhin einen gesunden Mittelstand in Liechtenstein wollen. Ein gesunder Mittelstand ist eine zentrale Stütze für unser Staatswesen. Ich sehe im Mittelstand das Rückgrat unserer Demokratie. Deshalb müssen wir ihm Sorge tragen.

Doch wie? Auch ich habe keine pfannenfertigen Lösungen. Aber es gibt verschiedene gute Ansätze, um den Problemen zu begegnen. So sollte es im Steuersystem Anreize geben, Schulden langsam, aber stetig zurückzuzahlen. Sonst wird Wohnraum für den Mittelstand wegen strengerer Eigenmittelanforderungen früher oder später unerschwinglich. Oder wir ermöglichen durch den Einbezug des Pensionskassenguthabens den einfacheren Erwerb von Wohneigentum, wie es die junge FBP vorgeschlagen hat. Ein weiterer Ansatzpunkt sollte eine modernisierte Wohnbauförderung sein. Aber all diese Punkte müssen breit abgestützt sein, damit sie Mehrheiten im Landtag finden. Wer vorgibt, er habe für diese komplexen Probleme einfache Lösungen, gaukelt der Bevölkerung etwas

Appell an die Regierung: Mehr Feuer, Positivität und Visionen

Kommentar des Abgeordneten Johannes Kaiser

Es ist einer Bottom-up-Bewegung, ausgehend von der IG Mobiles Liechtenstein über das Strategische Begleitgremium (SBG) des «Ganzheitlichen und nachhaltigen Raumplanungs-Mobilitäts-Konzept für Liechtenstein», zu verdanken, dass nach der Abfuhr des Projekts S-Bahn Liechtenstein mit dem einhellig überwiesenen «Lebensraum-Planungs-Postulat» ein hoffnungsvoller Aufwind in die Polit-Etage eingezogen ist. Mit dem fraktionsübergreifenden Postulat wurde die Regierung aufgefordert, die organisatorischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen und Systematiken darzulegen, die für eine erfolgreiche Initiierung eines solchen Gross- und Generationenprojektes signifikant sind.

Eine Verpflichtung für folgende Generationen

Wir haben gegenüber den folgenden Generationen die Verpflichtung, sie bezüglich der künftigen Raumplanungs- und Mobilitäts-Konzeption nicht weiterer Grün- und Landschaftsflächen zu berauben. Im Gegenteil: Es sind Mensch, Tier und Natur ein Mehr an Grün, Biodiversität sowie Lebensqualität zurückzugeben.

Ohne fähiges Transformations-Knowhow geht es nicht

Bei der Postulats-Beantwortung der Regierung erhoffte sich der Landtag das Aufzeigen von Chancen, Möglichkeiten sowie das herzhafte Bekenntnis, dass wir im Sinne der Volkswohlfahrt Liechtensteins und dessen nächsten Generationen die Raumplanung und Mobilität in diese Richtung lenken (müssen).

Diese Transformation wird jedoch nur realisierbar sein, wenn die Verkehrsministerin beim zentralen Lenkungsgremium das lokale Amtspersonal mit dem Know-how von Experten verstärkt, die in solchen Innovationsprojekten einen Asset-Nachweis vorzeigen können.



Johannes Kaiser FBP-Landtagsabgeordneter

Regierungschef liess einiges im Unklaren

Kommentar der Abgeordneten Bettina Petzold-Mähr

Dass etwas unternommen werden muss, darin war sich der Landtag anlässlich der Debatte rund um den Variantenbericht des Regierungschef fast ausnahmslos einig. Darüber was geschehen muss, war sich der Landtag aber uneins.

Der Variantenbericht des Regierungschefs lies einiges im Unklaren, vor allem fehlten Detailberechnungen und ein dringend notwendiges versicherungstechnisches Zweitgutachten, was ich klar adressierte. Es soll sehr viel Steuergeld in diese Pensionskasse einbezahlt werden und daher ist es unerlässlich, diese Zahlen durch ein zweites unabhängiges Gutachten prüfen zu lassen. Auch das im Bericht keine Rückmeldungen der angeschlossenen Betriebe aufgeführt waren wurde bemängelt. Diese Anmerkungen wurden vom Regierungschef aufgenommen und wir dürfen hoffen einen detaillierteren Vernehmlassungsbericht zu erhalten.

Der Antrag aus der FBP Fraktion zum Vorschlag des Regierungschefs die SPL beizubehalten auch eine Variante auszuarbeiten, in der die SPL dem Einfluss der Politik entzogen wird und die SPL Versicherten allen anderen Versicherten der beruflichen Vorsorge in Liechtenstein gleichgestellt werden, erhielt mit 11 Stimmen keine Mehrheit. Eine verpasste Chance, wie ich meine! So erhalten weder die angeschlossenen Betriebe, noch die Aufsichtsbehörde und die breite Öffentlichkeit die Möglichkeit zu einer solchen Variante Stellung zu nehmen

Der Landtag hat den Regierungschef schliesslich mit der Ausarbeitung eines Berichts und Antrags beauftragt in dem eine geschlossenen Rentnerkasse sowie die Weiterführung der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein enthalten sein soll. Auch dies ist ein gangbarer Weg und man darf gespannt auf die Vernehmlassung sein!



Bettina Petzold-Mähr FBP-Landtagsabgeordnete

